

Am 29.5.2019 hat das Verfassungsgericht die sechs Einwände Präsident Duques gegen die Übergangsjustiz(JEP) als nicht zulässig erklärt. Das Magazin SEMANA berichtet am 1.6.2019 über die Reaktion Duques:

„Weder Niederlage noch Verschleiß“: Duque im Modus der Leugnung des Untergangs seiner Einwände gegen die JEP

Präsident Iván Duque wird den Spruch des Verfassungsgerichts befolgen, mit dem am Mittwochabend seine sechs Einwände gegen das Durchführungsgesetz zur Übergangsjustiz abgelehnt wurden. Nach mehreren Monaten einer Debatte, welche die politische Polarisierung weiter vertiefte, muss er nun die Rechtsnorm sanktionieren, die vor mehr als einem Jahr vom Kongress beschlossen und in Gänze vom Verfassungsgericht bestätigt wurde.

Für viele bedeutete die Debatte über die Einwände einen unnötigen Verschleiß der Regierung, weil dadurch kein Fortschritt in der Gesetzgebung möglich war und gleichzeitig eine beispiellose Niederlage, weil der Kongress die Einwände ablehnte, welche eine der absoluten Prioritäten der Regierung im laufenden Halbjahr darstellten. Die Kammer lehnte die Einwände mit 110 Stimmen ab, der Senat mit 47 Stimmen, laut Feststellung des Verfassungsgerichts also mit absoluter Mehrheit.

Nach der Behandlung seiner Einwände im Kongress öffnete Präsident Duque die Tür zu einem nationalen Pakt aller politischen Parteien, um Modifizierungen am Friedensabkommen von Havanna vorzunehmen, aber diese Absicht scheiterte. Er verteidigte seine Entscheidung, die Einsprüche erhoben zu haben und bekräftigte, dass er diese Entscheidung erneut treffen würde.

Am Donnerstagabend, während einer Rede beim Unternehmertreffen der Handelskammer Bogotá, signalisierte Duque, er stehe noch immer zu seinen Anmerkungen, die er auch im Wahlkampf immer vorgebracht habe angesichts „der Verantwortung der Täter, die Opfer zu entschädigen“.

„Ich habe meine republikanische Pflicht erfüllt, hielt mich an das Regierungsprogramm und hielt mich an die Entscheidungen des Verfassungsgerichts, aber ich werde stets das verteidigen, was ich für den Weg halte, auf dem das Land zu einem Frieden in Legalität und Gerechtigkeit gelangen soll“, erklärte der Präsident.

Deshalb bestand Duque auch angesichts der Kritik, die wegen seiner Einsprüche geübt worden war darauf, es handele sich nicht um eine Niederlage und auch nicht um einen Verschleiß seiner Regierung: „Einige Stimmen haben versucht, das als Niederlage hinzustellen und behauptet, der Präsident habe sich durch seine Einwände verschlissen. Nein, meine Herren, niemand kann unterliegen, nur weil er seine Prinzipien verteidigt“.

Und er fügte hinzu:“ Ein Verlierer ist derjenige, der seine Prinzipien opfert, um es sich bequem zu machen, ein Verlierer ist der, welcher seine Überzeugungen aufgibt für zeitweiligen Applaus. Verlierer ist, wer Angst hat, in der Demokratie seine Ideen zu verteidigen“.

Dies war die zweite Reaktion des Präsidenten, nachdem das Verfassungsgericht seine Entscheidung gefällt und die sechs Einwände des Präsidenten beerdigt hatte.

Bezüglich dieser Einwände betonte Duque, er habe, als er den Gesetzentwurf erhalten hatte, die mehr als 190 Paragraphen geprüft, „in denen wir sechs Punkte fanden, die es verdienen, dass gegen sie Einspruch erhoben würde“.

Zu diesen Punkten erklärte der Präsident, man habe sie reklamieren müssen, weil die Täter die erste Pflicht hätten, ihre Opfer zu entschädigen und dies „impliziert, dass sie die volle Wahrheit sagen über ihre Beziehung zum Drogengeschäft, dass sie alle ihre Besitztümer abgeben, und zwar die tatsächlichen Vermögenswerte und nicht die lachhaft niedrigen Werte, die sie vor anderthalb Jahren angaben“.

Er erklärte ferner, mit den Einsprüchen hege er die Absicht, dass die Justizverwaltung und darin vor allem die Staatsanwaltschaft, bei der Einleitung von Prozessen keinen Beschränkungen unterworfen sei.

Gleichfalls sollten Personen, die gegen das humanitäre Recht verstoßen haben, aber nicht zu den Befehlsverantwortlichen gehören, sich der Justiz stellen müssen und dass die Möglichkeiten der Auslieferung an andere Staaten nicht beschnitten würden.

Die Behandlung der Einwände dauerte 80 Tage im Parlament, verlorene Zeit für die Diskussion anderer Themen wie der Justizreform, der politischen Reform und mehrerer Gesetzesvorhaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Korruption.